

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.  
Bezugspreis monatlich 36 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Erzeugnisse. In den Abbestellern monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

Einzelhefte: Die Gespaltene Beilage 20 Pf., für auswärtige 30 Pf., die Gespaltene Beilage 30 Pf., Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Anzeigen mit Abbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

### Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 9

Danzig, Sonnabend den 3. März 1917

8. Jahrgang

## Die neuen Steuern

Der Voranschlag des Reichsetats für das Rechnungsjahr 1917 ergibt ein beträchtliches Defizit. Die infolge der Kriegsanleihen immer mehr anschwellende Reichsschuld erfordert eine größere Zinsausgabe. Im neuen Rechnungsjahre sind 24 Milliarden Kriegsanleihen mehr zu bezinsen als im vorigen, also auch über 1200 Millionen Mark mehr Zinsen zu zahlen. Dazu kommen noch einige andere Willküransgaben, so daß im ganzen nach vorläufiger Schätzung die Reichsausgaben voraussichtlich die Einnahmen um ungefähr 1250 Millionen Mark übersteigen werden. Soll dieser Betrag nicht auf Anleihe übernommen und dadurch die ohnehin enorm angehäuften Kriegsschuldenlasten noch um weitere 1 1/2 Milliarden Mark vermehrt werden, dann muß das Defizit durch neue Steuern gedeckt werden. Die Regierung schlägt denn auch drei neue Steuern vor, und zwar sollen durch eine Steuer auf Kohlen und Briketts, die 20 Prozent vom Erzeugungswert beträgt, jährlich ungefähr 500 Millionen Mark aufgebracht werden. Ferner gedenkt man aus einer Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs auf Wasserstraßen, Eisenbahnen (auch Straßenbahnen) und Seilbahnen 250 bis 270 Millionen Mark und weiter aus einer Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer um 20 Prozent nach 450 bis 500 Millionen Mark herauszuholen.

Mit der von der Regierung vertretenen Auffassung, daß es finanziell richtiger ist, das Defizit nicht einfach durch eine neue Anleihe zu decken und dadurch die Last auf die Zeit nach der Beendigung des Krieges abzuschleppen, kann man sich einverstanden erklären. Es wäre von vornherein besser gewesen, einen beträchtlichen Teil der Kriegskosten, anstatt sie einer späteren Generation aufzubürden, schon während der Kriegszeit durch neue Steuern aufzubringen, wie dies in England geschieht. Freilich bietet das englische Steuersystem dafür eine viel leichtere Handhabe, denn es ist dort nur nötig, die Einkommen- und Besitzsteuern ratenweise zu steigern. In Deutschland haben wir keine Reichseinkommen- und keine eigentliche Reichsvermögenssteuer. Da die direkten Steuern durchweg von den Einzelstaaten mit Beschlag belegt sind, so fehlt eine bewegliche Steuerquelle und damit die Möglichkeit, durch einfache Erhöhung der Steuerfüße, wie in England, die Steuereinnahmen bis zu gewissem Grade dem Kriegsbedarf anzupassen. Die Verteiltheit der bisherigen Reichssteuerpolitik, die die direkten Steuern völlig den Einzelstaaten überlassen hat, zeigt sich hier in offenkundiger Weise; denn da heute unter dem Kriegszustand weder bei der Regierung, noch den bürgerlichen Parteien die Neigung zu einer organischen Regelung der Reichs- und Landessteuerverhältnisse, zu irgend welcher prinzipiellen Gesamtsteuerreform besteht, so bleibt kaum eine andere Wahl, als in der alten Bahn fortzuwursteln und nach Steuerprojekten zu greifen, die man nur als Verlegenheitsprodukte bezeichnen kann.

Als annehmbar kann man nur die 20prozentige Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer ansehen, wenngleich sie noch immer nicht in genügendem Maße die großen Vermögensanhäufungen trifft, die während der Kriegszeit unter der Gunst der Umstände erfolgt sind. Wenn durch Kriegslieferungen oder durch die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise Hunderttausende und Millionen in den Schoß gefallen sind, kann noch weit größere Anteile seines Kriegsgewinnes abgeben, als ihm das Kriegsgewinnsteuergesetz auferlegt. Vor allem erfaßt dieses Gesetz viel zu wenig die beträchtliche Vermögensvermehrung, die dem ländlichen Großgrundbesitz durch die riesige Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte und damit des Bodenwertes zufällt. Hoffentlich wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit aller Energie versuchen, diese Steuer noch zu verschärfen und einen Teil ihrer im vorigen Jahr abgelehnten Anträge wieder einbringen.

Immerhin grundsätzlich kann man mit dem 20prozentigen Zuschlag zur Kriegsgewinnsteuer einverstanden sein. Richtiger wäre freilich ein Ergänzungsgesetz gewesen, das die alte Bemessungsfähigkeit, die Zuwachsgrenze für die Vermögensbildung erhöht und für die Vermögensanhäufungen größeren Umfangs den Zuschlag höher gestellt hätte. Indes nach reinen ethischen Gesichtspunkten lassen sich nun mal in unserer auf den Profit basierten kapitalistischen Welt Steuerfragen nicht erledigen.

Weit größeren Bedenken begegnet die Steuer auf den Personen- und Güterverkehr. Soweit er durch Eisenbahnen, Straßenbahnen oder auf dem Wasserwege erfolgt. Alle Einzelheiten dieses Gesetzes sind, da die Vorlage noch nicht dem Reichstage zugegangen ist, noch nicht bekannt. Nach den vorläufigen Mitteilungen wird auf die Fahrpreise der Eisenbahnen in der ersten Wagenklasse ein Zuschlag von 15 Prozent, in der zweiten Klasse von 14 Prozent, in der dritten Klasse von 12 Prozent, in der vierten Klasse von 10 Prozent verlangt. Außerdem sollen im Güterverkehr die bisherigen Frachtsätze

um 7 Prozent erhöht werden. Das Gesetz bedeutet demnach eine höchst beträchtliche Belastung des gesamten Verkehrs. Schon die bestehende Fahrkartensteuer hat eine allgemeine Abwanderung der die Eisenbahn Benutzenden in die billigeren Wagenklassen zur Folge gehabt; die neue Verkehrssteuer wird, falls sie im Reichstage zur Annahme gelangt, diese Abwanderung sicherlich noch beschleunigen und damit die von der Regierung erhoffte Wirkung vernichten. Vom finanziellen Standpunkt wäre es zweifellos viel wichtiger, wenn die erste Wagenklasse ganz abgeschafft oder zum mindesten die Einstellung der Wagen erster Klasse in die Züge noch weiter eingeschränkt würde, da die erste Wagenklasse stetig Zuschüsse erfordert und tatsächlich die Passagiere dieser Klasse teilweise ihre Bequemlichkeiten auf Kosten der Reisenden dritter und vierter Klasse genießen.

Besonders bedenklich ist, daß die Fahrkartenabgabe auf die Straßen- und Kleinbahnen ausgedehnt werden soll und daher auch die Arbeiter und Angestellten trifft, die in den Großstädten und Industriegebieten genötigt sind, regelmäßig diese Bahnen zur Fahrt nach ihrer Arbeitsstelle zu benutzen; umso mehr, als die meisten Bahngesellschaften heute ohnehin auf eine Erhöhung der Fahrpreise hinarbeiten und die Einführung der neuen Fahrkartensteuer als eine günstige Gelegenheit zu allgemeinen Tarifierhöhungen betrachten werden. Die Fahrpreise werden von ihnen nicht nur um den staatlichen Zuschlag, sondern um 20, 25, 30 Prozent erhöht werden.

Zudem aber erscheint gerade in jetziger Zeit eine solche Steuer als schädlich für den Verkehr. Die Schifffahrt liegt größtenteils still, auch die Küstenschifffahrt, und Bergnügungsreisende gibt es sehr wenig. Die Beförderung von Menschen und Waren erfolgt vielmehr heute zu einem sehr großen Teil für Rechnung des Reiches. Soweit also die Regierung eine Mehreinnahme durch die Verkehrsabgabe erlangt, geht dieser Vorteil bis zu gewissem Grade wieder dadurch verloren, daß sie für die bezogenen Kriegsmaterialien höhere Preise zahlen muß, also Mehrausgaben hat. Außerdem aber wird durch den Frachtschlag die Zufuhr von Lebensmitteln nach den größeren Städten und Industrievierteln noch mehr verteuert.

Nach geschäftlicher für unser ganzes Wirtschaftsleben ist die geplante Kohlensteuer, denn sie trifft nicht das große Zehntkapital, das im letzten Jahrzehnt hohe Profite erzielt hat und auf noch größere nach Beendigung des Krieges rechnen darf, sondern die Verbraucher. Und Verbraucher sind nicht nur die einzelnen Haushalte, denen dadurch ihr Hauptbrennstoff sehr verteuert wird, sondern vornehmlich die Industrie. Diese trägt aber natürlich nicht selbst die ihr durch die Kohlensteuer entstehende Verteuerung ihrer Produktionskosten, sondern wälzt sie auf die Zwischenhändler ab, die dann ihrerseits wieder von ihren Kunden entsprechend höhere Preise fordern. Das Endergebnis ist eine allgemeine Steigerung der Industriepreise und zwar nicht nur um 20 Prozent. Die Zehntengesellschaften und Großhändler, die an die industriellen Werke liefern, schlagen nicht nur den Steuerbetrag auf, sondern noch einen Extrazuschlag, und ebenso verfahren, sofern es die Konkurrenzverhältnisse irgendwie gestatten, die Fabrikanten. Nicht der Unternehmergewinn und Handelsprofit wird demnach getroffen, sondern die Produktion wird an ihrer Wurzel belastet.

Zudem sind das Reich wie auch die Einzelstaaten und Gemeinden selbst in fastem Maße Abnehmer von Kohlen und Briketts. Die Einnahme, die auf der einen Seite durch die Kohlensteuer erzielt wird, geht also auf der anderen Seite zu einem beträchtlichen Teil durch erhöhte Anschaffungskosten wieder verloren.

Bequem ist freilich die Erhebung der Kohlensteuer, denn im Deutschen Reich sind nur 350 Steinkohlenbergwerke und 465 Braunkohlenbetriebe vorhanden, von denen manche in einer Hand vereinigt sind. Die Steuer ist also leicht einzuziehen, und auch die Abschätzung des Wertes der geförderten Mengen erfordert keinen großen Apparat. Aber die leichtere Art der Steuererhebung mag für den Fiskus ins Gewicht fallen, vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus ist sie von ganz nebensächlicher Bedeutung.

Dazu kommt, daß die Regierung weit mehr aus dem Kohlenbergbau herauszuziehen vermöchte, wohl das Doppelte, ohne daß die Kohlenpreise in auch nur annähernd gleichem Maße gesteigert zu werden brauchen, wenn sie sich zur Einführung eines staatlichen Kohlenmonopols entschließen könnte; falls ein Produktionsmonopol zurzeit aus gewissen finanziellen Gründen nicht möglich sein sollte, dann eines Kohlenhandelsmonopols, vielleicht mit ratenweiser Kapitalabschöpfung. Zur Durchführung eines solchen Monopols bedarf es, da der Kohlenbergbau bereits durch Syndikate völlig monopolisiert ist, keiner umständlichen Verwaltung. Es würde genügen, wenn sich der Staat das Recht des Abbaues der im Privatbesitz befindlichen, noch nicht in Angriff genommenen Kohlenfelder gegen eine mäßige, ratenweise zu entrichtende Abfindungssumme vorbehielte, alle

bereits in Betrieb befindlichen Bergwerke oder zu einem oder mehreren Zwangssyndikaten vereinigte, die unter staatlicher Kontrolle ständen und in denen der Staat die entscheidende Stimme bezüglich der Festsetzung der Förderung und der Preise hätte. Diese Syndikate dürften aber nicht mehr ihr geförderte Kohlenmenge selbst vertreiben, sondern müßten sie zu bestimmten Preisen, die den Zechen nur einen mäßigen Gewinn ließen, an staatliche Betriebsämter oder Handelsgesellschaften abliefern, die dann den weiteren Vertrieb an die Groß- und Kleinconsumenten zu übernehmen hätten. Dem Staate würde auf diese Weise nicht nur ein ansehnlicher Teil des hohen Unternehmergewinns, den heute die Zedenbesitzer einstecken, zufallen, sondern auch des Zwischenhandelsprofites.

Die Regierung hat sich zu einer solchen Maßnahme nicht zu verstehen vermocht. Das vorgezeichnete Kohlensteuergesetz schiebt vielmehr der Durchführung eines solchen Staatsmonopols nach Friedensschluß einen Riegel vor. Das darf nicht sein. Kann unsere Fraktion die Annahme der Kohlensteuer nicht verhindern, dann muß sie versuchen, eine Befristung des Gesetzes durchzusetzen. Heinrich Cunow.

## August Bebel zur Landesverteidigung

Von einem bekannten sozialdemokratischen Parlamentarier wird geschrieben: Die Anhänger der äußersten Linken behaupten, die Mehrheit habe sich außerhalb der alten Sozialdemokratie und der einzig wahren Internationale gestellt. Wir sind in ihren Augen Verräter am Parteiprogramm, an Parteitags- und internationalen Beschlüssen, Sünden wider unsere Ideale, Abtrünnige, nicht wert, den Namen Sozialisten zu tragen.

In Wahrheit verhält sich die Sache umgekehrt. Nicht wir, sondern die Arbeitergemeinschaft und die Spartakusse haben den Boden des alten, von der deutschen Sozialdemokratie wie von der Internationale vertretenen Standpunkt des Rechts auf die eigene Nation und der Pflicht zur Landesverteidigung preisgegeben. Sie, nicht wir, haben damit Grundsätze der Partei verraten und die Zusammengehörigkeit mit ihr aufgehoben. Wir freuen uns, dafür auch ein weiteres Zeugnis Bebel's beibringen zu können, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Ende April 1907 hatte Bebel den Besuch eines französischen Journalisten, der ihn über seine Ansicht über die Ideen Gustav Hervés ausfragte. Hervés verkündete damals mit Pojanuntönen die in seinem Buche „Leur Patrie“ (Das Vaterland der anderen) niedergelegten Lehren, daß das Proletariat kein Vaterland habe, und deswegen auch keines zu verteidigen brauche. Daß die Anschauungen des damaligen Hervés mit den Theorien der Spartakusse und ihrer Oppositionsfronde identisch sind, wird niemand bestreiten wollen. Bebel's schriftlich fixierte Antwort lautete klar und deutlich:

„Die antimilitaristischen Ideen und Agitationen Hervés sind in der deutschen Sozialdemokratie unmöglich.“

Die deutsche Sozialdemokratie ist ein entschiedener Gegner des bestehenden Heeresystems, aber sie erachtet eine militärische Organisation in den heute bestehenden Staaten noch so lange für nötig, wie nicht in den verschiedenen Kulturstaaten Vereinbarungen und Einrichtungen getroffen sind, die Kriege ein für allemal unmöglich machen.

So lange also noch die Gefahr besteht, daß Kriege möglich sind, muß jeder Staat wenigstens so weit militärisch organisiert sein, daß er einem Angriffskrieg begegnen kann und das eigene Land vor Eroberungen durch den Feind zu schützen vermag.

Wenn also die deutsche Sozialdemokratie alle ehrlichen Bestrebungen unterstützt, die darauf gerichtet sind, Kriege zu vermeiden und den Frieden zu sichern, wie zum Beispiel die Errichtung von internationalen Schiedsgerichten zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Staaten, so hält sie doch eine militärische Organisation so lange für nötig, wie die Gefahr eines Krieges vorhanden ist.

Aus diesem Grunde fordert die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Programm:

Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr anstelle des stehenden Heeres.

Würde also ein deutscher Parteigenosse Ansichten und Forderungen propagieren, wie sie von Hervés vertreten werden, so könnte auf Grund unseres Parteiprogramms die Frage aufgeworfen werden: ob dieser Parteigenosse noch zur Partei gehört.

Die Partei könnte eine Agitation nicht gewähren lassen, die gegen ihr Programm verstößt, die Partei auf das ihr werkschädigend und deren Forderungen vom Standpunkt der bestehenden

Zustände aus als unersüßbar, weil... eigenen Lande nachteilig, angesehen werden müßten."

Die Frage, wie der langjährige Führer... der deutschen Sozialdemokratie sich zu der Opposition verhalten würde, wird hier klipp und klar beantwortet.

Nachdem die Opposition auf der ganzen Linie... das Tischbuch zwischen sich und uns zerhackt hat, ist die praktische Frage ihrer Zukunft zur alten Partei zu stellen."

Bebel selbst bezeugt hierdurch aber, daß... außerhalb der Partei stehen, die mehr oder minder offen verweigert in grundsätzlicher Weise die Bekämpfung.

### Kriegsnachrichten

#### Die verschobene Ostente-Offensive?

Rußland Inzucht bringt in seiner letzten militärischen... sprechung der Gesamtlage die überraschende Erklärung, daß unermüdet eingetretene Ereignisse eine Verschiebung des Beginns der großen Offensive auf allen Fronten notwendig gemacht haben.

Aus allen aus Petersburg eintriefenden Nachrichten geht... deutlich hervor, daß die russischen Rüstungen für die neue Offensive fieberhaft andauern.

Auch in französischen Blättern konnte man wiederholt... lesen, daß es räusamer sei, in den bisherigen Defensivkämpfen im Westen zu verharrten und den Deutschen den Vortritt zu lassen.

#### Deutsche Panzerautos an der Offfront.

Wolffs Depeschenbureau veröffentlicht folgende Petersburger Meldung:

Nach Nachrichten von der Front brachten im Verlauf... der letzten Angriffe in der Seen-Gegend und im Verlauf der Kämpfe bei Baranowitschi die Deutschen zum ersten Male Panzerautos von einem neuen Typ, sogenannte Tanks, zur Verwendung.

#### Der Verlust von Kut el Amara.

Berlin, 26. Februar. Die Türken haben ihre Stellung bei Kut el Amara geräumt. Die Engländer machen daraus einen großen Erfolg für sich. Aus türkischer Quelle liegt außer dem letzten türkischen Tagesbericht noch keine weitere Meldung vor.

#### A-Boot-Erfolge

Berlin, 25. Februar. Im Monat Januar sind 178 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 35.000 Bruttoregistertonnen durch kriegerische Boote des Meereswächters erbeutet worden.

#### Der Chef des Admiralstabes der Marine.

#### Deutsche Torpedoboote an der Rheinmündung

Berlin, 25. Februar. (Amst.) In der Nacht vom 25. zum 26. Februar haben Teile unserer Torpedoboatenschiffe unter Führung der Kommandanten... die Rheinmündung besetzt.

Wargale konnte einige... unter Feuer genommen. Handelsverkehr wurde nicht angehalten.

Rußige englischer... torpediert. Von den 24 Februar... (Wiedergabe des Nachrichtenbureaus) Der Passagierhaupt der Cunard-Linie...

Zum Untergang des Cunarddampfers "Laconia" Daily Chronicle" berichtet aus Queenstown: Die "Laconia" wurde bei verhältnismäßig ruhigem Wetter torpediert und holte stark nach der Seite über.

Ein französisches Luftschiff abgeschossen Amstich wird gemeldet: In der Nacht vom 23. zum 24. Februar wurde durch unser Abwehrfeuer ein französisches Luftschiff in Brand geschossen.

Der Seekrieg Der englische Blokademinister Lord Robert Cecil will über die U-Bootgefahr hinwegtäuschen. Er erklärte einem Berichterstatter: Die deutsche Piratenerklärung ist tatsächlich kein Bluff, dafür ist sie viel zu mörderisch, aber ihr Schrecken liegt nicht irgendwo in der allgemeinen Zerstörung, da die wirkliche Zahl der versenkten Schiffe einen sehr kleinen Bruchteil der Schiffe beträgt.

Keine Abschwächung der Seesperrung Amstich wird aus Berlin gemeldet: Aus dem Ausland kommen neuerdings Nachrichten, denen zufolge man dort glaubt, die Seesperrung mit U-Booten und Minen wäre mit Rücksicht auf Amerika oder aus irgend welchen anderen Gründen abgeschwächt worden oder sollte abgeschwächt werden.

Die Beschießung der Forts von Bayonne Wolffs Telegraphenbureau meldet: Am 12. Februar hat das französische Marineministerium bekanntgegeben, daß ein feindliches Unterseeboot am 12. Februar nachmittags nahe der Abour-Mündung aufgetaucht sei und sechs Kanonenschüsse auf die Küste abgegeben habe.

### Politische Rundschau

#### Neue Reichstagsdebatten

Wir sind warmüde geworden. Vermögten Worte in dieser Zeit etwas, so hätten uns die vom 12. Dezember den Frieden gebracht. Jetzt können wir von Reden nichts mehr erwarten, sondern harren nur noch in den blutigen Schiefer, der uns die Zukunft verbirgt.

Es paßt zur allgemeinen Volksstimmung. Aber das Befrieden, in was abgemessenen Redewendungen so deutungsfähig wie möglich zu bleiben, feierte höchste Triumphe.

Das große II ausgebreitete Erörterungen zur Wahrung des deutschen Standpunktes, klug gewählte Worte, um die Neutralen zu beschwichtigen, Versuche, auf die amerikanische Sammlung lästigend einzuwirken.

Wie alles übrige, kam auch das, was der Kanzler über die "Reorientierung" zu sagen hatte, direkt von der Goldwage Brögers, der tapfere Sänger und Kämpfer der Sozialdemokratie, herab durch den Reichskanzler seinen Weg ins Reichstagsprotokoll.

Nach starker Betonung des Wortes der Monarchie, wendete er sich gegen die Befürchtung, daß es nach dem Weltkrieg so kommen könnte, wie nach den Befreiungskriegen. Aber keine einzige Andeutung, wie es kommen wird!

Nach Bethmann sprach der Zentrumsmann Spahn fast unverstündlich und vor fast leerem Hause. Nach seiner Ansicht soll nun das deutsche Friedensangebot nicht mehr gelten.

Denen ward der gewaltige Wille und die unerbittliche Kraft. Von diesem Willen, dieser Kraft erwartet er und erwarten wir alle mit ihm Freiheit für das deutsche Volk nach außen und innen.

Dann folgte nur eine Verteidigung des preussischen Landwirtschaftsministeriums durch den Kanzler. Der fortschrittliche Wiemer wendete sich kräftig gegen die Parteien der Rechten, die dem Volke in Preußen das gleiche Wahlrecht verweigerten.

Der 28. Februar, der zweite Tag der Debatte, brachte neben bürgerlichen Rednern, fast zweistündige Ausführungen des Abg. Ledebour von der Soz. Arbeitsgemeinschaft. Er erging sich zum großen Teile in Herabsetzungen der sozialdemokratischen Politik und in Angriffen auf Scheidemann.

Zur Bewilligung der neuen Kriegskredite. Der Reichstag hat bekanntlich am Freitag den neuen Fünfhundertmilliardenkredit in allen drei Lesungen zugestimmt.

Abg. Ebert (Soz.): Durch die Ablehnung der von Deutschland und seinen Verbündeten angebotenen Friedensverhandlungen haben die Regierungen der feindlichen Mächte die schwere Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges auf sich geladen.

Abg. Ebert (Soz.): Wir haben die Bewilligung der Kriegskredite nie als eine Frage des Vertrauens oder Mißtrauens gegenüber der Regierung angesehen. Wir haben die Kredite bewilligt, weil wir das als eine Pflicht gegen unser Land und gegen unser Volk angesehen haben.

Der „Vorwärts“ begleitet die Bewilligung des neuen Kriegskredits durch unsere Reichstagsfraktion mit folgenden Worten:

„Was ist in der gegenwärtigen Lage des Deutschen Reiches wichtiger? Ein — sei es noch so berechtigtes — Mißtrauen gegen die Regierung in der schärfsten Form zu äußern oder die Einigkeit des ganzen deutschen Volkes gegen einschneidende Eroderungsabsichten in Erscheinung treten zu lassen? Das ist die Frage, die die sozialdemokratische Fraktion von der Arbeitgemeinschaft scheidet und die beider auch gestern wieder in getrennten Gruppen aufmarschieren ließ.“

Neues dazu konnte weder von der einen Seite noch von der anderen gesagt werden. Aber der Standpunkt beider Parteien kam noch deutlicher zum Ausdruck als früher. Die sozialdemokratische Fraktion nimmt die Kriegskredite nicht aus den Gründen an, aus denen die Arbeitgemeinschaft sie ablehnt. Die Arbeitgemeinschaft lehnt sie nicht ab aus den Gründen, die die Fraktion anführt. Die Arbeitgemeinschaft lehnt die Kredite ab, weil sie mit der Regierung unzufrieden ist — die Fraktion ist aber weit davon entfernt, mit der Regierung zufrieden zu sein. Die Fraktion nimmt die Kredite an, weil sie die Pflicht der Landesverteidigung als noch bestehend anerkennt — aber die Arbeitgemeinschaft behauptet nicht, daß diese Pflicht nicht bestünde. So traten Ebert und Ledebour nichts anderes tun, als aneinander vorbeireden, wie wenn die beiden Fraktionen oneinander vorbeisähen.

Ledebour sagt in seiner unbegreiflichen Verblendung: „Daß der Zehnerverordnungs sich zu ausschweifenden Eroderungszielen bekannt hat, kann unser Urteil nicht beeinflussen.“ Das Urteil der sozialdemokratischen Fraktion wird aber sehr stark durch diese Tassache beeinflusst. Hat das Volk das Recht und die Pflicht, sich gegen die Absicht zu wehren, ihm mit blutiger Gewalt Teile seines Gebiets zu entreißen und ihm Kriegskontributionen aufzuerlegen? Diese Frage verneinen, heißt nach der Auffassung der Fraktion den sozialdemokratischen Grundgedanken ins Gesicht schlagen. Darum hat sie die Kriegskredite auch diesmal bewilligt.

Aber noch nach einer anderen Seite hin hatte die sozialdemokratische Fraktion den Sinn ihrer Abstimmung zu verdeutlichen. So entschlossen sie zur Sache des Volkes steht, so entschlossen steht sie auch zur Sache des Friedens. Sie wendet sich entschieden gegen die Auffassung, die Spahn für das Zentrum, Graf Westarp für die Konservativen vertrat, daß das deutsche Friedensangebot durch seine Ablehnung hinfällig geworden sei, daß — um es deutlicher auszudrücken — damit der Verteidigungskrieg für Deutschland zu Ende sein und der Eroberungskrieg anfangen dürfe. Das sind wieder nichts als Redensarten, mit denen man die Stimmung bestimmter Kreise aufputschen will, die aber auf andere Kreise desto verstimmen, die wirken und die vor allem geeignet sind, die durch das deutsche Friedensangebot ausgestreute Saat zu schädigen. Was die Sozialdemokratie will, ist nicht die Abkehr von der Politik des 12. Dezember, sondern ihre entschiedene und verbesserte Fortsetzung bis zu dem Tag, an dem ihr der Erfolg beschieden ein wird.“

### Die Tagung des Bundes der Landwirte

Zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges hielt der Bund der Landwirte wieder eine seiner bekannten Paraderfassungen ab; nicht wie sonst im Zirkus Busch, sondern in der Philharmonie, in der sich die Menge Kopf an Kopf drängte. Der Bundesvorsitzende, Freiherr v. Wangenheim, glaubte in seiner Eröffnungsrede hervorheben zu können, daß unsere Ernährungsschwierigkeiten nicht so groß geworden wären, wenn der seinerzeit so heftig angegriffene Antrag nämlich Gesetz geworden wäre. Heute rächten sich die Widrigkeiten unserer Volkswirtschaft; beständen diese Widrigkeiten, dann würde die Landwirtschaft weit leistungsfähiger gewesen sein. Vor allem aber meinte Herr v. Wangenheim, müßten die Landwirte dem Kaiser vieles abtrotzen, insbesondere das, daß sie seinerzeit murrten, als er das deutsche Volk auf die See verwies. Zu beklagen sei, daß der Mittelstand noch immer nicht das Ohr des Kaisers habe. Die Stimme des Volkes werde nicht verstanden durch Scheidemann und Erzberger, auch nicht durch die Presse vom Schlage des „Berliner Tageblatt“ und der „Frankfurter Zeitung“. Diese Stimmen werden nicht einmal durch die Mehrheit des Reichstags verstanden, unter einer ganz anderen Parole gewählt worden sei. Mit einem Bekenntnis zum rücksichtslosen U-Bootkrieg schloß Herr v. Wangenheim seine Ansprache. — Dr. Roediger sprach dann über „Unsere Ernährungsverhältnisse“, wobei er es an die wichtigsten Ausfälle gegen die Bureaucratie und gegen die Kriegsgesellschaften nicht fehlen ließ. — Landrat a. D. Roetger sprach über Deutschlands Industrie nach dem Kriege, und zum Schluß der Tagung hielt der Abg. Dr. Wildgrube-Dresden einen Vortrag über die politische Lage.

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß die Bündlerparade uns die fällige neue Versicherung von landwirtschaftlicher Seite brachte, daß die Landwirte jetzt alles tun wollen, um die Not des Volkes zu lindern: „In voller Erkenntnis des Ernstes der Lage, aber auch in ungebrochenem Opfermut, wollen wir deutschen Landwirte alles geben, was wir haben, schaffen, was Menschenkraft zu schaffen vermag, und mit dem gesamten deutschen Volke Einbeziehung und Einschränkung teilen und auch unsererseits alle Kraft daran setzen, um den Teil des Kampfes siegreich zu bestehen, den zu führen wir berufen sind.“

### England

— Propaganda für die Erhöhung des militärischen Alters. Die „Times“ schreibt, daß es vielleicht nötig sei, das militärische Alter bis auf 50 Jahre zu erhöhen, wenn die Aufhebung der Beurlaubung der Männer unter 30 Jahren kein genügendes Ergebnis haben sollte. „Daily Express“ erzählt, daß beabsichtigt ist, die Männer in der britischen Armee in England und Frankreich, die jetzt bei der Verwaltung oder als Köche, Aufseher und Kraftwagenführer beschäftigt sind, durch Frauen zu ersetzen, um viele Männer für die Front freizubekommen.

— Die neue englische Antischi. Im Unterhause erklärte am Dienstag Bonar Law bei Bekanntgabe über das Kriegsergebnis der Kriegsanleihe u. a., daß das gesamte Ergebnis eine Summe erreichte, die eine Woche vorher noch als unmöglich angesehen wurde. Die

Rechnungen bei der Bank von England beliefen sich auf 819 886 000 Pfund Sterling, der Betrag der konvertierten Schatzanweisungen auf 130 711 950 Pfund, die Zahlungen bei den Postämtern auf 30 745 000, die Summe der Kriegsspar-Zerifikate auf 19 800 000 Pfund. Dies ergab zusammen 1 000 312 950 Pfund neues Geld. Die Zahl der Zerifikate bei der vorigen Anleihe betrug 1 200 000, bei der jetzigen belaufen sie sich bei den Banken, Postämtern und für Kriegsspar-Zerifikate auf ungefähr 5 280 000. Der Erfolg der Anleihe ist der Ausdruck des Willens des Volkes, den Krieg zu gewinnen, und ein Beweis für die finanzielle Kraft des Landes, den Krieg bis zu einem erfolgreichen Ende durchzuführen. (1 000 312 950 Pfund sind rund 26 Milliarden Mark.)

### Der Bruch der Vereinigten Staaten mit Oesterreich und der Türkei bevorstehend?

Das Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Washington: Am 20. Februar wurde ein zweistündiger Kabinettsrat abgehalten. In London wisse man, daß Wilson sich endgültig entschlossen habe, den Kongreß um die Vollmacht zu ersuchen, die amerikanischen Schiffe gegen die deutschen U-Boote zu verteidigen. Wahrscheinlich werde der Präsident Freitag oder Sonnabend vor dem Kongreß erscheinen. Er werde nicht zur Kriegserklärung raten. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Türkei gilt aber als unvermeidlich und ebenso der mit Oesterreich-Ungarn. Der Korrespondent des „Daily News“ in Washington meldet, der amerikanische Gesandte in Konstantinopel berichtet, daß die Türkei sich durchaus der deutschen U-Boot-Blockade anschleße.



## Die Pflicht

als Parteigerosse sollte es jedem sagen, daß er die Volkswacht überall zur Infertion und zum Abonnement immer und immer wieder empfiehlt und so sich selbst und der Partei Nutzen bringt



### Nordamerika.

— Stürmische Debatten im Senat. Die Botschaft des Präsidenten Wilson an den Kongreß ist zurzeit Hauptberatungsgegenstand im Senat. Wilson erklärte allerdings, die Folgen der neuen deutschen Taktik seien nach nicht zu überschätzen, und er behauptete, daß die neutralen Staaten seiner Aufforderung zum gemeinsamen Handeln nicht zugestimmt hätten. Eine offene Tat gegen Amerika liege auch noch nicht vor; doch es wäre sehr unvorsichtig, darauf nicht vorbereitet zu sein. Wilson verlangte daher im Kongreß die Vollmacht, Handelsschiffe, wenn nötig, mit Waffen zur Verteidigung und mit Mitteln auszurüsten, diese Waffen zu gebrauchen, sowie irgend welche anderen Werkzeuge und Methoden anzuwenden, die zum Schutze amerikanischer Schiffe und amerikanischer Bürger bei rechtmäßiger Ausübung friedlicher Unternehmungen zur See nötig sind. Wilson verlangt auch die notwendigen Kredite zu diesem Zweck.

Der Washingtoner Korrespondent des „Petit Parisien“ tabelt, daß die Debatte im Senat einen bisher unbekanntem Grad von Erregung erreichte. Die Demokraten hätten die Aufrichtigkeit der Beweggründe angegriffen, was die Obstruktion der Republikaner veranlaßt habe. Man ersehe hieraus, bis zu welchem Grade von Ueberreizung die Gefühle und Leidenschaften augenblicklich in beiden Kammern gestiegen seien. Als Senator Lodge erklärte, wenn der Präsident handle, habe er den Kongreß hinter sich, handle er nicht, so verliere er das Vertrauen, habe damit Lodge die Haltung der republikanischen Partei klar gekennzeichnet, zugleich aber einen Sturm entfesselt. Der Tumult sei bis zum Paroxysmus gestiegen, als nach heftigen Angriffen Lodges gegen die Untätigkeit Wilsons seit seiner Botschaft vom 3. Februar der republikanische Senator Fall den Wortlaut des Beschlusses vorschlug, der dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, die Streitkräfte der Union zum Schutze amerikanischer Lebens- und Handels zu verwenden.

Die Finanzkommission ist bereit, dem Präsidenten die zur Abwehr der deutschen U-Bootgefahr gewünschten Mittel zu bewilligen.

## Volksernährung

### Zum Zweijährjubiläum der Brotkarte

Schreiben die Deutschen Kriegsnachrichten: Ueber die Erfolge der Brotkarte ist heute kaum noch etwas Besonderes zu sagen nötig. Ihre zweijährige Wirksamkeit hat uns allen deutlich zum Bewußtsein gebracht, daß ohne ihre starke Organisation der Haushalt der Nahrungsmittel für unser Volk in diesen Kriegsjahren zum Scheitern gekommen wäre. Sie hat die Lebensfrage unserer Versorgung mit dem täglichen Brote glücklich gelöst, indem sie eine gleichmäßige, ausreichende und doch äußerst sparsame Verteilung gewährleistete. Es ist berechnet worden, daß die Brotkarte den Verbrauch unserer Städte teilweise auf die Hälfte des Friedensverbrauches herabzudrücken vermochte. Sie hat es uns ermöglicht, mit den sehr knappen Getreidevorräten des schwierigen zweiten Kriegsjahres nicht nur hindurchzukommen, sondern auch noch trotz alledem 400 000 Tonnen als Rücklage zu ersparen. Sie wird uns wohl auch als ein in bitterer Not erprobtes, vertraut gewordenes Rüstzeug weit in die Friedenszeit hinein begleiten.

— Aufruf eines Staatsanwalts gegen den Kriegswucher. In der „Kölnener Zeitung“ vom 20. Februar 1917 erläßt der Erste Staatsanwalt zu Köln folgende Bekanntmachung:

„Betrifft den Kriegswucher. Trotz der strengen Strafen, welche die Bundesanordnung vom 25. Juli 1915 bei übermäßiger Preissteigerung für Gegenstände des täglichen Bedarfs androht, ist der Kriegswucher bis heute nicht nur nicht geschwunden, sondern hat sogar in bedenklicher Weise an Umfang zugenommen. Es gibt leider immer noch unzählige Leute, denen der eigene Vorteil weit über allen anderen Rücksichten steht, und die deshalb nicht einsehen wollen, daß der Krieg allein keine „Konjunktur“ ist, die ein ehrsüchtiger Mensch zur Erzielung eines erhöhten Gewinnes benutzen darf, und daß es eine Schmach ist, die Not des Vater-

landes anzudecken. Bedauerlicherweise ist dieser Mangel an Ehrlichkeit und vaterländischem Gefühl in weiten Kreisen und bei allen Ständen zu beobachten, selbst bei solchen Leuten, die sich sonst besonders viel auf ihre Rechtlichkeit und Vaterlandsliebe zugute tun. Daß durch dieses gewill-nösig Treiben die allgemeine Laceration der notwendigsten Lebensbedürfnisse immer dränger wird, liegt auf der Hand; denn jede Preissteigerung, auch diejenige von Waren, die nicht wie Brot, Mehl, Fleisch, Gemüse zur Erhaltung des Lebens unentbehrlich sind, hat heutzutage die Verteuerung unzähliger anderer Bedürfnisse zur unvermeidlichen Folge; wer selbst das, was er zum Leben bedarf, immer teurer bezahlen muß, ist nur zu leicht geneigt, auch seinerseits, wo er nur kann, die Preise zu erhöhen. Daher muß dem Kriegswucher unbedingt Einhalt geboten werden, und die Strafverfolgungsbehörden lassen sich die Erreichung dieses Zieles nach Kräften angelegen sein. Aber sie können nur in denjenigen Fällen einschreiten, die ihnen bekannt werden, und das ist eine verhältnismäßig geringe Zahl. Pflicht der Allgemeinheit ist es deshalb, sie zu unterstützen und jeden Fall von Kriegswucher zu ihrem Kenntnis zu bringen. Demgemäß richte ich an alle ehrenhaften Einwohner des Landgerichtsbezirks die dringende Bitte, mir oder den Polizeibehörden jeden solchen Fall unverzüglich mitzuteilen. Niemand darf sich vor solcher Mitteilung scheuen! Denn unzulässig ist nur die — namentlich anonyme — Denunziation, die lediglich der niederen Sucht, anderen zu schaden, entspringt, nicht aber diejenige wahrheitsgemäße Anzeige, die dazu beiträgt, das Vaterland vor noch größerem Schaden zu bewahren und zu verhüten, daß die schwersten Fälle, die das deutsche Volk zu tragen hat, noch vermehrt werden. Jeder, der es unterläßt, die ihm bekannten Fälle von Kriegswucher zur Anzeige zu bringen, leistet dem Ueberhandnehmen dieses Wuchers Vorschub, schädigt das Vaterland und damit in letzter Reihe auch sich selbst.“

Dieser Aufruf müßte im ganzen Reich gehört werden. Wer unsere Behörden — das Kriegswucheramt, die Staatsanwaltschaften und die Polizei — im Kampf gegen die Verteurer der Gegenstände des täglichen Bedarfs, gegen die Wucherer, nicht unterstützt, ist sich des furchtbaren Ernstes dieses Kampfes noch nicht bewußt geworden! Andererseits dürfen aber auch die Gerichte nicht zögern, mit den härtesten Strafen den schändlichen Kriegswucher zu bekämpfen.

— Razzia auf den Berliner Bahnhöfen. Um dem Treiben der Schleichhändler entgegenzutreten, die in der Provinz Nahrungsmittel aufkaufen, um sie in Berlin zu Wucherpreisen loszuschlagen, hat das Kriegswucheramt in zwei Nächten der letzten Woche den Schlessischen Bahnhof und den Bahnhof Alexanderplatz überwachen lassen. Es wurden vorläufig etwa 150 Personen festgesetzt und ihr Gepäc einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Dabei wurden beschlagnahmt insgesamt etwa 4 Zentner Schinken, 4 Zentner Würstl, 4 Zentner Rauchfleisch, über 20 Zentner frisches Fleisch, gegen 22 Zentner Geflügel, 1 Zentner Kaminchen, 28 Schok Eier, über 1 Zentner Butter, etwa 3 Zentner Käse, 2 Zentner Erbsen, 1 Zentner Graupen, 2 Zentner Bohnen, 1/2 Zentner Feinmehl. Einem Reisenden wurden 8 Zentner Seife abgenommen, einem anderen über 30 Kilogramm Gummi. Während Seife und Gummi den hiesfür zuständigen Kriegsstellen zugewiesen wurden, sind die Lebensmittel teils dem Magistrat in Berlin zur Versorgung der städtischen Bevölkerung, teils der Lebensmittelabteilung des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamtes für die Schwerarbeiter zur Verfügung gestellt worden. Gegen die beteiligten Personen sind Strafverfahren eingeleitet.

— Zurückgehaltene Kartoffelvorräte. Wie trotz der behördlichen Mahnungen und des Appells an die vaterländische Gesinnung mit den Kartoffelvorräten vorgehalten wird, geht aus einer Erklärung des Oberbürgermeisters von Birmasens Dr. Strobel, im Stadtrat hervor, wonach bei einer städtischen Nachschau statt der behördlich angemeldeten 400 Zentner Kartoffeln 5500 Zentner entdeckt wurden, die natürlich enteignet wurden.

— Sozialdemokratische Mitglieder im Ernährungsausschuß. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestimmte als Mitglieder für den vom Reichstage eingesetzten Ausschuß zur Beratung der Ernährungsfragen die Abgeordneten Bauer, Breslau, Mallesbuh, Ebert, Schmidt-Berlin, Küppler und Stubbe.

— Nur Kohlen gegen Lebensmittel. Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet, daß die Verwaltung der Donnersmarchütte einer Gutverwaltung gegenüber die Lieferung von Kohlen von der Gegenlieferung von Lebensmitteln abhängig machte, und auf den Hinweis, daß die Lebensmittellieferung infolge des behördlichen Ausfuhrverbots aus dem betreffenden Kreise unmöglich sei, die Kohlenabgabe endgültig abgelehnt habe. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt das ein unerhörtes Vorgehen.

— Glänzendes Geschäft der Kohlenhändler. Der Aufsichtsrat der Zeche „Consolidation“ in Gelsenkirchen beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 22 Prozent, gegen 18 Prozent im Vorjahr vorzuschlagen.

## Danziger Nachrichten

\* Auf Briefsendungen an deutsche Kriegsgefangene in Rußland wird von Amts wegen vor der Auslieferung der Post nach dem Auslande der Bestimmungsort mit roter Tinte in russischen Schriftzeichen wiederholt werden, um die pünktliche und sichere Ankunft der Sendungen mehr zu gewährleisten. Die Absender müssen für diesen Zweck und auch für die etwaige Uebersetzung anderer Teile der Briefaufschrift die rechte Hälfte der Aufschristseite frei lassen. Die auf die linke Hälfte zu bringende Aufschrist muß recht deutlich in großen, lateinischen Buchstaben geschrieben sein.

### Bestandserhebung usw. von Glöden aus Bronze.

Am 1. März 1917 ist eine neue Bekanntmachung in Kraft getreten, die neben einer freiwilligen Ablieferung von Bronze-glöden auch eine Beschlagnahme, Enteignung und Einziehung von Bronzeglöden vorsieht.

Alle Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Bekanntmachung und aus den Ausführungsbestimmungen, welche die mit der Durchführung beauftragten Kommunalbehörden erlassen.

Die Veröffentlichung erfolgt in der üblichen Weise durch Anschlag und Abdruck in den Tageszeitungen; außerdem ist der Wortlaut der Bekanntmachung in den Regierungsamts- und Kreisblätter sowie in öffentlichen Anschlägen einzufügen.

Um den Bedürfnissen des Gottesdienstes gerecht zu werden, sieht die Bekanntmachung vor, daß hierfür vorerst je eine Glocke im Geläut erhalten bleiben soll.

Auf kunstgewerblichen oder kunstgeschichtlichen Wert, der durch behördlicherseits für diese Bekanntmachung besonders nachdrücklich gemacht wurde, Sachverständige festzustellen ist, oder unmittelbar durch die Aufsichtsbehörde anerkannt wird, wird die erforderliche Rücksicht genommen werden.

**Bestandshebung von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen.**  
 Zu der Bekanntmachung Nr. W. II. 57/4. 16. K. R. A. vom 31. Mai 1916, betreffend Bestandshebung von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen (Wolle, Baumwolle, Flocke, Kamme, Hanf, Jute, Seide) und daraus hergestellten Garnen und Seilfäden, ist am 1. März 1917 eine kurze Nachtragsbekanntmachung erschienen.

Durch diese werden die einzelnen Bestimmungen der Bekanntmachung vom 31. Mai 1916 mit den Anordnungen verschiedener, in der Zwischenzeit erschienener neuerer Bekanntmachungen über Spinnstoffe in Einklang gebracht.

Der Wortlaut des Nachtrags ist in den Regierungsamts- in Kreisblättern und öffentlichen Anschlägen einzusehen.

**Bestandshebung usw. von Muminium.**

Am 1. März ist eine neue Bekanntmachung in Kraft getreten, die neben einer Meldepflicht eine Beschlagnahme, Entziehung und Einziehung von aus Muminium bestehenden Gebrauchsgegenständen und im Gärgerbe üblichen Kellereigeräten vorsieht. Alle Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Bekanntmachung und den Ausführungsbestimmungen, welche die mit der Durchführung beauftragten Behörden erlassen. Die Veröffentlichung erfolgt in der üblichen Weise durch Anschlag und Abdruck in den Tageszeitungen; außerdem ist der Wortlaut der Bekanntmachung in den Regierungsamts-, in Kreisblättern sowie in öffentlichen Anschlägen einzusehen.

Somit durch die Beschlagnahme Hausgeräte betroffen werden, handelt es sich durchweg um Gegenstände, deren Ertrag in emailliertem Eisen, feuerfestem Porzellan und Ton ohne weiteres möglich ist.

**Höchstpreise für Baumwollstoffe.**

Mit dem 1. März 1917 tritt eine kurze Nachtragsbekanntmachung zu der Bekanntmachung W. II. 1800/2. 16. K. R. A. betreffend Höchstpreise für Baumwoll-Spinnstoffe und Baumwoll-Gespinnste in Kraft. Durch sie werden die Höchstpreise für rohe und einfache Baumwollgarne auf Kops, die nach dem System der Dreifachspinnerei hergestellt sind, erhöht, sofern sie auf Grund von nach dem 24. Januar 1917 ausgetheilten Spinnereiaubnisrechnungen gesponnen sind. — Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist in den Regierungsamts-, in Kreisblättern und öffentlichen Anschlägen einzusehen.

**Bestandshebung usw. von Kork.**

Mit dem 1. März 1917 ist eine Bekanntmachung (Nr. 3300/1. 17. K. R. A.) in Kraft getreten, durch die eine Be-

standserhebung und Beschlagnahme von Korkholz, Korkschälen und den daraus hergestellten Holz- und Fertigfabrikaten angeordnet wird. Die Bekanntmachung umfasst Korkholz, Korkschälen, Korkbretter, Korkschiffe, Korkplatten, Korkmehl sowie alle sonstigen bei der Korkverarbeitung sich ergebenden Korkrückstände; neue und gebrauchte Korkstopfen (Korkstopfen), Korkspindel und Korkspindeln; neue und gebrauchte Korkringe und Korkfender; sowie alle übrigen Fabrikate aus Kork, soweit in ihnen der Kork in unverändertem Zustande enthalten ist und nicht mit anderen Stoffen fest verbunden ist (also nicht Korkstein, Dinitolium, Isoliermittel usw.). Bestimm. in der Bekanntmachung näher bezeichnete Mindestmengen sind jedoch von den Anordnungen ausgenommen. Ebenso ist die Verarbeitung, Verwendung und Veräußerung der beschlagnahmten Gegenstände in bestimmtem Umfange erlaubt geblieben. Die Meldung über die einer Meldepflicht unterliegenden Bestände hat in der in der Bekanntmachung näher angeordneten Weise bis zum 10. März 1917 zu erfolgen.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Regierungsamts- und Kreisblättern, sowie in öffentlichen Anschlägen einzusehen.

**Mit allen Schiffen.**

So überkriegt der Reichstagsabgeordnete Henke aus Bremen in der Leipziger Volkszeitung vom 26. Februar einen Artikel, in dem er in seiner Weise die Danziger Parteiverammlung vom 5. Februar bespricht. Die hauptsächlichsten Unrichtigkeiten seiner Darstellung haben wir in der vorigen Nummer schon gegen die frühere Redaktion der Königsberger Volkszeitung zurückgewiesen. Ein kleines Probchen der Eigenart Henkes ergibt sich schon daraus, daß er schreibt, er sei aus dem Lokal gewiesen, weil er auf dem Boden der Opposition stehe und deshalb nicht der Partei angehören könne. Richtig ist, daß Henke gelacht wurde, weil er einem Verein angehört, der die Beitragsperre beschlossen habe, gehöre er nicht mehr der sozialdemokratischen Partei an. Ueber diesen klaffen Unterschied kann auch H. natürlich nicht im unklaren sein. Allerdings muß er hier von seinen oppositionellen Freunden eigenartig aufgefaßt sein. So schreibt er freich weg, die der Mehrheit angehörenden Jähler hätten in der Versammlung bei der Abstimmung über seine Zulassung „falsch gezählt, wie das die sozialpatriotische Zeitung des Vereins schon mehrfach getan hätte“. Die „Vorsicht“, mit der Henke diesen Sach geschrieben hat, kennzeichnet ihn. Eine besondere durchsichtige Absicht verfolgt er wohl mit der Bemerkung: „die einflussreiche Genossin Käthe Leu, die für den Antrag — auf Zulassung Henkes — sprach wollte, ließ man nicht reden“. Diese „Berichtigung“ hat die Genossin L. wohl gewiß nicht erwartet. Wir bemerken hierzu einfach, daß der Antrag auf Schluß der Debatte gegen niemand persönlich gerichtet war und mit großer Mehrheit, auch vieler Minderheitsstimmen, beschlossen wurde. Die Arbeit Henkes wäre nicht vollständig, wenn dabei nicht von einer Denunziation geredet würde. Den Genossen Gehl und Bartel sagt H. nach, daß sie ihn denun-

ziert hätten. Als Folge davon soll auf Veranlassung des Danziger Polizeipräsidenten eine Voruntersuchung eingeleitet sein. Wir sind Denunziationen von Angehörigen der Minderheit über „Denunziationen“ schon reichlich gewohnt. Auch in diesem Falle liegt zu einem Vorwurf ernstlicher Art kein Grund vor. Soweit Handlungen der Minderheit in der Versammlung zu Sprache gekommen sind, kann es sich nur um die Erwiderung auf die falsche Behauptung handeln, daß Henke zu spät in Danzig gewesen ist. Darauf ist wahrheitsgemäß ohne die Spur einer Andeutung unzufälliger Handlungen antwortet, daß er bereits eine Versammlung abgehalten habe. Wenn solche Erwiderungen zu unangenehmen Weiterungen führen, so tragen die Schuld daran ganz allein diejenigen, die solche Zwangslagen in blindem Kampf gegen ihre einstigen Gefinnungsgenossen herbeiführen. Der törichte Vorwurf der Denunziation ist besonders gegen die Volkswacht eine häßliche Unwahrheit, weil diese Versammlung polizeilich überwacht wurde.

**Städtische Kohlenlieferung.**

Die meisten deutschen Großstädte begnügen sich nicht damit, unseren Kriegern den Dank für ihr heldenhaftes Kämpfen in klingenenden Reden auszusprechen. Sie suchen, soweit es die städtische Gemeinschaft irgend kann, die Not von den Lürden der Angehörigen der Krieger fernzuhalten und darüber hinaus ihre Wohlfahrt zu fördern. Unsere Leser wissen, daß fast alle deutschen Großstädte laufende Zuschüsse zur staatlichen Kriegsunterstützung von oft erheblicher Höhe zahlen. Außer diesen baren Zuwendungen erhalten die Angehörigen der Krieger Lebensmittel und andere Zuwendungen. In besonders reichem Maße sind viele städtische Verwaltungen bemüht, die Frauen und Kinder der Krieger vor den Einwirkungen des Winters zu schützen. Das rät in diesem Winter besonders deshalb ein dringendes Gebot, weil die Kohlenpreise stark stiegen. Nach einer Feststellung des Vorstandes des Deutschen Städtetages haben 80 deutsche Städte den Kriegerfamilien die Kohlen ganz unentgeltlich geliefert. Man muß sich vorstellen, was diese Leistung neben den städtischen Zuschüssen bedeutet. Dieses geradezu massenhaft geübte gute Beispiel hat aber leider wieder in Danzig keine Nachahmung gefunden. Hier hat die Stadt mit Kohlenhändlern nur einen ermäßigten Preis für Lieferungen an Kriegerfamilien vereinbart. Auch die grimmigste Kälte hat sie zu keinem entgegenkommenderen Verfahren veranlassen können.

**Literatur**

- **Praktische Gedächtnispflege** von Alfred Leopold Müller. Franck'sche Verlagsbuchhandlung Stuttgart. 1,60 Mark.
- **„Volksgesundheit“**. Illustrierte Monatschrift des Verbandes Volksgesundheit, Köfchenbroda-Dresden.

**Hierzu eine Beilage.**

Verantwortlicher Redakteur A. Bartsch, Danzig.  
 Verlag Volkswacht u. Gehl u. Co., Danzig.  
 Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

**Wochenplan des Danziger Stadttheaters.**

Montag, den 5. März, 7 Uhr: „Die Fledermaus“ von Eugen Ibsen.

Dienstag, den 6. März, 7 Uhr: „Der Vögelkönig“, Diebskomödie von Gerhart Hauptmann.

Mittwoch, den 7. März, 7 Uhr: „Der Wildschütz“, Komische Oper von Strauss.

Donnerstag, den 8. März, 7 Uhr: „Der fliegende Holländer“ von Richard Wagner.

Freitag, den 9. März, 7 Uhr: „Der Vögelkönig“.

Sonnabend, den 10. März, 7 Uhr: „Der Raub der Sabinerinnen“, Schmaus von Schönan und Koldburg.

Sonntag, den 11. März, 7 Uhr: „Der Vogelhändler“, Operette von Sedler.

**Bekanntmachung.**

Nr. W. M. 1111/12. 16. K. R. A. Kst. Id. Nr. 973 geb.

Am 1. März 1917 tritt eine neue Nachtragsbekanntmachung W. M. 1111/12. 16. K. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. M. 57/4. 16. K. R. A. vom 31. Mai 1916, betreffend Bestandshebung von tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen (Wolle, Baumwolle, Flocke, Kamme, Hanf, Jute, Seide) und daraus hergestellten Garnen und Seilfäden in Kraft.

Sie ist im vollen Wortlaut in den Regierungsamts-, in Kreisblättern, sowie durch öffentliche Anschläge bekanntgemacht worden.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 1. März 1917. 42

**Stabschef des Generalkommandos XVII. Armeekorps.**

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

**Bekanntmachung.**

Nr. 3300/1. 17. K. R. A. Kst. Id. Nr. 339

Am 1. März 1917 tritt eine neue Bekanntmachung in Kraft, durch die eine Bestandshebung und Beschlagnahme von Korkholz, Korkschälen und den daraus hergestellten Holz- und Fertigfabrikaten angeordnet wird.

Die Bekanntmachung ist im vollen Wortlaut in den Regierungsamts-, in Kreisblättern sowie durch öffentliche Anschläge veröffentlicht worden.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 1. März 1917. 40

**Stabschef des Generalkommandos XVII. Armeekorps.**

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

**Bekanntmachung.**

Nr. W. M. 57/4. 16. K. R. A. Kst. Id. Nr. 982 g.

Eine neue Bekanntmachung M. c. 500.2. 17. K. R. A., betreffend Beschlagnahme, Bestandshebung und Entziehung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Muminium tritt am 1. März 1917 in Kraft.

Die Verordnung, mit deren Ausführung die Kommandanten beauftragt sind, ist im vollen Wortlaut in den Regierungsamts-, in Kreisblättern sowie durch öffentliche Anschläge bekanntgemacht worden.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 1. März 1917. 43

**Stabschef des Generalkommandos XVII. Armeekorps.**

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm, Marienburg.

**Bekanntmachung.**

Nr. W. M. 1111/12. 16. K. R. A. Kst. Id. Nr. 974 g.

Eine neue Bekanntmachung M. 1/1. 17. K. R. A., betreffend Beschlagnahme, Bestandshebung und Entziehung sowie freiwillige Zulieferung von Eisen aus Graudenz, tritt am 1. März 1917 in Kraft.

Die Verordnung, mit deren Ausführung die Kommandanten beauftragt sind, ist im vollen Wortlaut in den Regierungsamts-, in Kreisblättern sowie durch öffentliche Anschläge bekanntgemacht worden.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 1. März 1917. 41

**Stabschef des Generalkommandos XVII. Armeekorps.**

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

**Bekanntmachung.**

Nr. W. M. 1800/2. 16. K. R. A. Kst. Id. Nr. 8 g.

Am 1. März 1917 tritt eine neue Nachtragsbekanntmachung W. II. 1800/2. 16. K. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. II. 1800/2. 16. K. R. A. und den Nachträgen W. II. 1800/3. 16. K. R. A. und W. II. 1800/9. 16. K. R. A. betreffend Höchstpreise für Baumwollspinnstoffe und Baumwollgespinnste in Kraft.

Sie ist im vollen Wortlaut in den Regierungsamts-, in Kreisblättern sowie durch öffentliche Anschläge bekanntgemacht worden.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 1. März 1917. 44

**Stabschef des Generalkommandos XVII. Armeekorps.**

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm, Marienburg.

**Notizzettel, Kartenbriefe = Feldpostkarten**  
**Briefpapier = Tintenstifte**

und andere Schreibmaterialien kaufen Sie sehr vorteilhaft in der

**Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32**

**Schnupftabak** offeriert

**Julius Gosda, Kohlsabatgroßhandlung und Schnupftabakfabrik, Danzig, Ede Häfergasse 5 u. 2, Priefkergasse 3, Fernspr. 2428**

**Bevor Sie** Ihren Bedarf in **Herren-, Jünglings- u. Knaben-Kleidung** decken, sehen Sie sich die Ausstellung meines modernen Spezial-Geschäftes an.

**Die Einkaufung naht heran**

daher sollte man jetzt schon seine Einkäufe machen. Je früher Sie kaufen, desto besser kann ich Ihre Wünsche berücksichtigen

**J. Rosenbaum**  
 Breitgasse 126/128 Fernruf 2121

Alleiniger Lieferant des Konsumvereins für Danzig u. Umgegend

**In freien Stunden** Preis 15 Pf. zu beziehen durch die Buchh. Volkswacht Paradiesgasse 32

**Trauer-**  
**Goldstein**

Hüte in reicher Auswahl. Damen Handschuhe zu billigsten Preisen.

Julius Goldstein  
 Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Parteigenossen in Westpreußen!

Die stolze deutsche Sozialdemokratie befindet sich in einer inneren Krise. Von innen heraus pocht eine Minderheit von Genossen mit schweren Schlägen an die Organisation der Partei...

Meinungsverschiedenheiten über die Schuld am Kriege und die Stellung der Partei zu ihm sind die Ursachen der sachlichen Gegensätze in mehreren Parteiorganisationen im Lande. Sie haben in manchen Orten, so auch in Danzig, zur bitteren persönlichen Feindschaft und zur Gründung von Gegenorganisationen gegen die Gesamtpartei geführt...

Was war es, das die Kraft der Arbeiterklasse stählte und die deutsche Sozialdemokratie zur größten politischen Partei des Landes machte? Freiheit im Denken, Einheit im Handeln! Das war der Leitstern unserer Arbeit, ohne den alles wieder zerronnen wäre...

Was sehen wir statt dessen? Die Vertreter der Mehrheit werden als „Verräter“ an der Arbeiterklasse beschimpft. Man spricht den großen Bann aus über die eigenen Parteiblätter, bezichtigt die Mitglieder des Parteivorstandes der „ehrlosen Handlung“ und entkleidet Genossen ihrer Ehrenämter...

Wohin soll das führen? Lange genug hat der Vorstand der Partei in Vorwürfen und Warnungen an die Zersplitterer aufgefordert, die Einheit der Partei zu schützen und vor der für das Proletariat unheilvollen Zerstückelung Abstand zu nehmen. Wollte er die Partei nicht zerstören lassen, mußte er endlich energisch eingreifen...

Alle Parteiorganisationen in Westpreußen haben sich für das Verbleiben in der Gesamtpartei entschieden. Gewiß gibt es auch hier abweichende Anschauungen über Krieg und Frieden, über Kreditbewilligung und Abiehrung, über Ursache und Schuld am Ausbruch des Weltbrandes; niemand will sie unterdrücken. Aber die erdrückende Mehrheit der westpreußischen Genossen steht heute klarer denn je, daß die Schuld an der Fortdauer des Krieges nicht bei Deutschland und seinen Verbündeten liegt...

Die Vorwürfe gegen die Mehrheit der Partei sind auf unfruchtbaren Boden gefallen. Jeder Gesinnungsgenosse hat sich eben davon überzeugt, wie unermüdet die Sozialdemokratie für den Frieden, für die Unterstützung der Kriegerfamilien, für eine gerechte Einteilung der Nahrungsmittel und für die Interessen der Soldaten im Felde eingetreten ist. An dieser Einsicht in die treue Pflichterfüllung der Partei mußten alle Vorwürfe gegen sie abprallen...

Deshalb Genossen und Genossinnen Westpreußens! Weist alle Zersplitterungsversuche zurück! Haltet treu zur Partei, in der eure Hoffnung und Zuversicht sich versinkt, für die ein großer Teil von euch jahrelang gewirkt. Ihr daheim, ihr sollt uns eure Kräfte leihen zur Rettung der großen Massenbewegung des Proletariats. Ihr draußen sollt eines Tages, wenn endlich der Friede kommt, wiederfinden die alte Bewegung, die die Wiederkehr des grausamen Völkermordens endlich unmöglich macht.

Schwere Lage stehen uns noch bevor! Da heißt es enger zusammenrücken, Schulter an Schulter, wie die draußen es tun, wenn der feindliche Sturm heranbraust.

Wir geben nichts auf von den großen Zielen des Sozialismus und der Demokratie, aber wir stehen an der Seite des Volkes in den Tagen seiner Not, bis endlich der von uns allen heißersehnte Frieden kommt!

Der Gesamtpartei die Treue zu wahren, ist unbedingte Pflicht. So sich zu entscheiden gebietet der Ernst der Stunde jeder Genosse und jedem Genossen, die mit ihrer Verantwortung für das Schicksal der Partei vor Gegenwart und Zukunft bestehen wollen.

Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!

Der Bezirksvorstand der westpreußischen Sozialdemokratie.

H. Bartel. R. Finsel. J. G. H. N. Käp. E. Sellin.

Danziger Nachrichten

Vom Warten.

Die Frauen haben es gründlich gelernt, das Warten; ein ganzes langes Jahr schon und noch länger, tagtäglich, in Hitze und Kälte, im strömenden Regen und wie oft vor Leeresgrauen! In Reih und Glied sind sie gestanden, eine lange Menschenkette, unter Scherzen und Anklagen und mit unendlicher Geduld. Die Zeit verrann so schneckenhaft beim Warten, die Minuten reichten sich zu Viertelstunden, und erst nach Stunden konnten sie erleichtert aufatmen. Sie eilten nüchtern aus dem Hause, sie liefen weg vom Kochherd, weg vom Spültisch und vom Waschfaß. Und nur der Gedanke hielt alle aufrecht beim Warten: Etwas zum Essen zu bekommen.

Die Zeit des Wartens ist noch nicht vorüber. Es gibt noch genug Gelegenheit, Geduldsproben zu bestehen. Die harte Kälte hat ebenso dazu beigetragen, eine neue Wartekrise einzuleiten, damit unsere Frauen nicht aus der Gewohnheit kommen. Sie warten so ausdauernd auf Rots und Kohlen, wie einmal auf Kartoffeln, Eier und Breilinge. Sie haben das Warten gelernt und manches dazu. Als wäre es ihnen angeboren, so ist es ihnen in Fleisch und Blut übergegangen, es gehört fast zu ihrem täglichen Leben.

Und diese Frauen warten noch auf ihre Männer, auf ihre Söhne und Brüder. Die große Zeit des Wartens ist noch nicht vorüber. Sie sammeln ihre ganze Kraft im Warten und wissen nicht viel von dem „Warum“. Sie wissen nur, daß sie müssen, meist nicht um ihrer selbst willen. Und diese große Wartezeit der Sehnsucht nach Frieden wird ausgefüllt von so viel Kleinigkeit von so vielem demütigendem Warten um Weniges, das zum Leben nötig ist. Oft verfluchen sie nichts von dem großen Heldentum der Männer, von ihren Taten und Erfolgen. Sie sind im engen Kreise gekunden und ihrer Heldentum und ihre Glaube, ihre Ausdauer und ihre Pflicht geht auf in den Nöten des Tages.

Unterhaltungsabend des Gesangsvereins Sängergroß.

Um es vorweg mit aller Rücksicht zu sagen: Es war eine gewiß von bester Absicht, aber hinsichtlich nicht weniger Darbietungen nicht viel vom Glück getragene Veranstaltung. Der Besuch war außerordentlich stark, so daß die meisten Räume der Ostbahn durchaus gefüllt waren. Der Anziehungskraft des Vereins wurde so das beste Zeugnis ausgestellt. Das Programm war einmal zu lang. Mehrere Nummern konnten deshalb nicht zum Vortrag gelangen, obwohl die Darbietungen recht schnell aufeinander folgten. Dann bot das Programm überhaupt eine Zusammenstellung, die erheblich besser ausgemacht sein sollte. Daß der Unterhaltungsabend die Veranstaltung eines Gesangsvereins war, kam zu wenig zur Geltung. Musik-, Solo- und Theaterbeiträge überwogen gegenüber den Chorgesängen zu sehr im Programm. Von den Männern hörten wir am besten das melodische Alte Lied. Daß der Krieg auch große Lücken in die Reihen unserer Arbeiterlänger gerissen hat, war an der schwachen Besetzung des Tenors zu erkennen. Der erst seit kürzerer Zeit bestehende Frauenchor konnte mit einigen vorgetragenen Liedern einen schönen Erfolg erzielen. Weniger gut gelangen zwei Gesangsstücke; diesen Stimmen fehlte zuviel Schwingung. Wenig Sorgfalt zeigte auch die Auswahl der Theaterstücke. Das Schauspiel Hermann und Dorothea hätte in intimerer Umgebung und bei sorgfältiger Besetzung mancher Rollen vielleicht größeren Erfolg erzielen können. Die Aufführung des dritten Stückes Verlobung in der Küche war ein ganz arger Mißgriff, der keinesfalls wiederholt werden darf.

Die musikalischen Leistungen wurden von der erprobten Kapelle in bewährter Ausführung vorgetragen. Für diesen Teil trifft auch die Bemänglung der Auswahl nicht zu. Leider litt auch diese Darbietungen sehr unter einer bedauerlichen Unruhe des Publikums. — Die Kritik will nicht verfehen, sondern anregend bessern. So ist ganz besonders diese gemeint! Wir zweifeln nicht daran, daß sie auch so wirken wird. Der Arbeitergesangsverein Sängergroß hat bereits erheblich Besseres geleistet. Er hat sich auch so entwickelt, daß er selbst wünschen muß, nicht gar zu bescheidene Maßstäbe an sein Können angelegt zu sehen. Daher wird er seinen vielen Freunden gewiß bald wieder Leistungen bieten, die über diesen Ausnahmezustand hinaus die gewohnte Höhe und Gediegenheit zeigen. Dazu dürfte in erster Linie das Wirken des jetzigen tüchtigen Gesangsleiters, Herrn Hanke, trotz mancher durch den Krieg bedingten Schwierigkeit erfolgreich beitragen.

Kursus für Säuglingspflege.

Der Danziger Jugendfürsorgeverband teilt uns mit: Der Ortsausschuß für weibliche Jugendpflege hat den Beginn eines Säuglingspflege-Kursus für Mitte März d. J. in Aussicht genommen. Der ärztlich geleitete theoretische Kursus wird 6 Wochen dauern und 6 Doppelstunden umfassen. Der Unterricht findet an einem Wochentag, abends um 8 1/2 Uhr, statt. Durch praktische Übungen in Anstalten usw. sollen die theoretischen Belehrungen später befestigt und vertieft werden.

Der Kursus soll in erster Linie den Mitgliedern der Jugendpflegevereine zugänglich sein, doch können auch andere junge Mädchen nach vollendetem 16. Lebensjahr, falls die Kurse noch nicht voll belegt sind, daran teilnehmen. Auskunft wird erteilt von 10—11 Uhr in der Geschäftsstelle des Danziger Jugendfürsorgeverbandes, Jockgasse 29, 2 Tr.

Wohin schreibt man wegen der Vermißten?

Trotz wiederholter Hinweise werden noch immer in großem Umfange nach Vermißten an Einzelpersonen des In- und Auslandes, an die Rote Kreuz- und andere Vereine neutraler Länder gerichtet. Demgegenüber wird von amtlicher Seite dringend empfohlen, nur die Nachweisedirektoren der Kriegsministerien in Berlin, München, Dresden und Stuttgart in Anspruch zu nehmen (für Preußen: Zentralnachweisedirektor in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48).

Liegt bei diesen Stellen keine Meldung vor, so wende man sich an den zuständigen örtlichen Verein vom Roten Kreuz (Hilfe für kriegsgefangene Deutsche, Provinzialverein oder Landesverein vom Roten Kreuz). Alle diese Vereine sind in einer großen Organisation zusammengeschlossen, die die Anfragen zunächst auf Grund des bereits vorliegenden Materials prüft und, wenn dieses nicht ausreicht, unentgeltlich Ermittlungen im feindlichen und neutralen Auslande anstellt.

Unmittelbare Schreiben von Privatpersonen ins Ausland, mögen sie an Vereine oder Bureaus gerichtet sein, führen meistens nicht zum Ziel, verursachen oft unnütze Kosten und schaden letzten Endes der Vermißtenachforschung überhaupt. Noch weniger sind irgend welche private Bureaus im Inlande in der Lage, Auskünfte zu beschaffen, die nicht bereits von den amtlichen Nachweisedirektoren oder von dem Roten Kreuz erteilt werden könnten. Privatpersonen, die trotz dieser Warnung unmittelbare Anfragen über Vermißte an ausländische Stellen richten, müssen außerdem gewärtigen, daß ihre Briefe aus militärischen Gründen angehalten und nicht weiterbefördert werden.

Dunkle Ehrabschneider.

Es ist unsagbar, mit welchen Mitteln gewisse Führer der hiesigen Oppositionsgruppe für ihre „reinen Grundzüge“ und die „friedliche Völkerverbrüderung“ kämpfen. Die neueste Leistung ist ein Flugblatt, wie es selbst der bekannte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in seinen schlimmsten Zeiten niemals fertig gebracht hätte. Für seinen Verfasser genügend bezeichnend, trägt es die Ueberschrift: „Nicht nur nach meinen Worten, nicht nach meinen Taten“. In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag ist es an vielen Stellen der inneren Stadt und der Vororte, also in offensichtlich gut vorbereiteter Aktion, angeklebt. Der mutvolle Verfasser dieser beispiellosen Unsauberkeit sucht die Genossen Partei und Gehl in ungläublich wahrheitswidriger Weise als charakterlos zu verunglimpfen. Ausführungen des Stellvertretenden Generalkommandos des 17. Armeekorps über militärische Reklamationen in der Nr. 2 der Volkswacht, deren Ursprung wir ausdrücklich bezeichnet und die gleichlautend in der gesamten Danziger Lokalpresse erschienen, fällt der Flugblattschreiber bewusst in ein politisches Glaubensbekenntnis Bartels um und knüpft daran hämische Stoffen über eine Reklamation Bartels und seinen persönlichen Mut. Um den Genossen Gehl ähnlich beschimpfen zu können, behauptet der Unsaubere, daß ein Einzelner mit dem Einfluß der Partei oder des Bauarbeiterverbandes Mißbrauch getrieben habe, damit Gehls Sohn sich als Unverheirateter vom Dienst drücken könne, während Familienväter vor dem Feinde lägen. Wie boshaft auch diese infame Denunziation erfunden wurde, kehrt der von uns an anderer Stelle dieser Nummer abgedruckte Bericht über die letzte Versammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Der dort einstimmig gefasste Beschluß züchtigt den hinterhältigen Ehrabschneider nach Verdienst. Für den jungen Genossen Gehl, der auch für seinen Verleumder im heißen Ringen um Verdun gekämpft und eine schwere Verwundung erlitten hat, kann die gehässige Verunglimpfung nur ehrend sein. Der entsetzliche Tiefstand des traurigen Nachwerks kann nicht einmal ehrlichen Jörn auslösen; er zwingt zur Verachtung seines Erzeugers. Dieser versteht seinen wahrhaftigen Bekennermut in feiger Anonymität hinter die fino-romantische Fabrikmarke: Marat. Diese kindische Großsprecherei verrät den Urheber aus seinem wohlgeschützten Hinterhalt auf den ersten Blick. Hielte uns nicht ein unwiderwärtiges Gefühl davon ab, so könnten wir kein Charakterbild von einer wirklich patriotisch gewollten Rückversicherung bis zu anderen noch weniger ehrenwerten Heldentaten zeichnen. Doch überlassen wir ihn seiner eigenen Wertschätzung. Gerade die feige Anonymität richtet ihn in den Augen aller Anständigen. Deshalb sind wir auch der Ueberzeugung, daß er sich und seine Helfer nicht ganz unsonst bemüht haben dürften. Den Genossen, die in gutem Glauben der Minderheit folgten, werden aus diesem Vorgehen lernen, wie sehr sie sich irren und daß sie es unmöglich mit Ehrlichkeit und Ueberzeugung vereinbaren können, solche Wege zu gehen.

Auf Grund des Belagerungszustandes

hatte sich am 1. März der Bureauangestellte G. Schröder vor dem Schöffengericht wegen unerlaubter Herstellung und Verbreitung von Flugblättern zu verantworten. Er gab zu, die Flugblätter „Die Wahrheit über die Spaltung der Sozialdemokratie“ und „Die Selbstenttarnung der Sozialdemokratie“ durch die Post und auf anderen Wegen ohne die dazu notwendige polizeiliche Erlaubnis verbreitet zu haben. Gegen die polizeiliche

Strafverfügung von drei Wochen Gefängnis erhob er Einspruch und bat um mildere Bestrafung. Die Strafe wurde auf zwei Wochen ermäßigt und zugleich die Einlegung der noch vorhandenen Flaggenstrafen ausgesprochen.

**Aufwandsentschädigung für soldatenreiche Familien.**  
Nach dem Bundesratsbeschlusse vom 26. März 1914 können Familien, deren Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstzeit als Unteroffizier oder Gemeiner eine Gesamtdienstzeit von 8 Jahren zurückgelegt haben, für jedes weitere Dienstjahr eines jeden gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflichtigen in denselben Dienstgrad genügenden Sohnes Aufwandsentschädigungen von 240 Mk. jährlich gezahlt werden. Der Anspruch ist bei der Gemeindebehörde des Ortes anzumelden, in dem der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Einsprüche gegen die Beschlüsse der Gemeinden sind an den Regierungspräsidenten zu richten.

Die Einreichung von Gesuchen an andere Dienststellen (Kriegsministerium, Ministerium des Innern usw.) führt nur zu einer Verzögerung der Entscheidung.

#### Der Deutsche Banarbeitersverband.

Zweigverein Danzig hielt am 25. Februar eine stark besuchte Versammlung ab. Der Bezirksleiter Schulz, Bromberg, sprach über das Hilfsdienstgesetz, das Baugewerbe und die Lohnarbeit. In etwa 15stündiger Rede zeigte er an der Hand mehrerer Beispiele, wie die Kollegen die Vorteile des Hilfsdienstgesetzes nutzbar anwenden können. Im zweiten Teile seiner Rede verwies er auf den Ablauf des Tarifvertrages, da der Weltkrieg noch immer nicht beendet ist, läuft der Tarif ein Jahr länger und zwar bis zum 31. März 1918. Das schließt natürlich nicht aus, daß Wünsche zur Verbesserung des Vertrages geäußert werden können. In der nun folgenden Aussprache sprach sich Boh sehr abfällig über das Hilfsdienstgesetz aus, das nach seiner Meinung dazu angetan sei, die Freizügigkeit zu unterbinden. Demgegenüber führte Gehl an, daß man doch nicht vergessen solle, daß jeder Krieg die Freizügigkeit bis zu einem gewissen Grade aufhebe. Jedenfalls sei der jetzige Zustand erträglicher als einer, der durch die Militarisierung der Munitionsbetriebe herbeigeführt worden wäre. Boh habe auch nicht so gefast über die Bestätigung des Tarifs. Es wäre keine Pflicht gewesen, den Kollegen Gehl aufzufordern, dafür einzutreten, daß eine Steigerung des Tariflohns erfolge.

Die Kontrolle der Arbeitstufen bleibt wie bisher. Dann gab der Kassierer Haß die Namen der reklamierten Kollegen bekannt. Schon im Juli 1916 wurde auf Veranlassung von Militärbehörden und Unternehmern versucht, Kollegen zu rekrutieren. Dies geschah bis zum Dezember, wo es darauf ankam, Vermittlungsfähige für die Arbeit an der Munitionsfabrik frei zu bekommen. Viele Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter, verheiratete und unverheiratete, sind der Militärbehörde namhaft gemacht und von ihr rekrutiert worden, darunter auch der Kollege Erich Gehl, der Sohn unseres früheren Gauleiters. Dieser junge Kollege ist bei den Kämpfen vor Verdun schwer verwundet worden. Nach seiner Entlassung aus dem Lazarett befand er sich beim Erich-Bataillon in Berlin. Hier war er bereits als nur noch garnisondienstfähig einige Zeit in seinem Beruf tätig. Als er, daß, davon erfuhr, gab er auch seine Adresse mit mehreren anderen an die Militärbehörde weiter. Darauf alle Kollegen, mit einer Ausnahme, reklamiert wurden. Haß hob ausdrücklich hervor, daß der Vater des Kollegen Gehl keinen Einfluß auf die Reklamation seines Sohnes ausgeübt habe. Der Zweigvereinsvorstand habe einstimmig den Reklamationen zugestimmt. Nichts sei ohne sein Wissen und Willen geschehen. Am 1. Mai in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag in Danzig, Dora, Schidlig und Heubude, wohl organisiert, anonyme Flugblätter von der Partei-Wanderschaft angeheftet worden, die diesen Fall, in Verbindung mit einem anderen, in der denkbar gemeinsten Weise ausnutzten. Das Flugblatt verlor nicht bloß den Kollegen J. Gehl, den Vater des Reklamierten, in der Öffentlichkeit herabzusetzen;

### Danziger Stadttheater

Der fliegende Holländer. Oper von R. Wagner.

Sie ist eine alte Seemannsgalge, jene Geschichte von dem fliegenden Holländer. Weil er einst bei Dauter und Smirn geküßert, daß er mit seinem Schiffe von das Kap herumfahren müsse, und wollte er bis zum jüngsten Tage segeln, habe ihn der Teufel beim Wort erwischt. So durchfuhr er nun schon seit Jahrhunderten die Meere mit seinem gespensterhaften Schiffe ein Schwarm der Seefahrer. Nur die bis in den Tod getreue Liebe eines Weibes konnte den Holländer von seinem Fluch erlösen. Wie haben Jahre gebe er an Land, um ein Weib zu finden, doch fand er noch nie Erfüllung. Heinrich seine verwirrt den Stoff zu einer Erzählung, in der der fliegende Holländer durch die unsterbliche Liebe der Seefahrerinnen Gerda erlöst wird. Durch seine wurde Wagner mit der Sage bekannt und kam darnach während seines Aufenthalts in Paris die Oper. Erst nach Überwindung vieler Schwierigkeiten fand im Januar 1845 im Hoftheater zu Dresden die Uraufführung statt. Aber erst nachdem Wagner in jahrelangem Kampfe die ihm unendlichen Kräfte bezeugungen hatte, auch kein Gegenstand ist auf den deutschen Bühnen.

Die Aufführung stellt an Musik, Sanges und Regie große Anforderungen, welche Wagners Werke im allgemeinen erfordern. Das Orchester gab unter der Leitung des Herrn Schwab die bessere Romanze der Musik wieder. Aber das ist lang die Dichtung. Der Sänger verfügt über ein sehr reiches Organ und hat uns in dieser Spielweise manche treffliche Momente geboten. Der Holländer trat er jedoch nicht immer den höchsten Tönen des Gesanges der Rolle kann nicht immer voll zur Geltung. Eine ähnliche Schwäche zeigte auch Herr Seebach; sein Daland hatte zu wenig von der Kraft des alten Seeheren. Auch Fräulein Caplan beherrschte nicht als Weib. Es ist allerdings zu beachten, daß die Leistungen der Rolle anstelle der fehlenden hochdramatischen Sanges durch Wagner. Die schönen Stimmen und klaren Spiel der Frau Seebach, Frau und Mann 1,60 Mark, Frau 2 Mark und Kinder 2,20 Mark.

es enthält auch eine kleine Beibehaltung des Barbarismus. Es ist ein verdammt böser Dudenstreich, der keineswegs lache. Alle Redner, insbesondere Kollege A. Heuser, verurteilten das Flugblatt aufs Schärfste. Einer verlangte den Ausschluß desjenigen aus dem Verbands, der an der Herstellung und Verbreitung des Flugblattes beteiligt sei. Boh erklärte auch eigenem Vortrage, daß er mit dem schimpflichen Flugblatt, von dem er erst in der Versammlung Kenntnis erhalten habe, nicht das geringste zu tun habe. Er wisse auch nicht, von wo es herrühre. Die Versammlung protestierte einstimmig gegen die Forderungen des Flugblattes. Ebenso einstimmig billigte sie das Vorgehen des Vorstandes wegen der Reklamationen. Damit hat die zuständige Banarbeitersorganisation den Mitarbeiterführern in Danzig, die mit solchen Mitteln arbeiten, einen Denzettel erteilt, der durch ehrliches und hinterhältiges Vorgehen reichlich verdient ist.

### Waffenunfall und Kohlenmangel

Alle Schwierigkeiten, die sich für die Käufer im Laufe der Kriegszeit einstellten, konzentrierten sich seit einigen Wochen in verstärktem Maße für die sehr zahlreichen Angehörigen der ärmeren Bevölkerung, die keine Heizkohlen hatten. Für sie steigerten sich die Unbilden der Witterung und der grimmigen Kälte. Vom ganz frühen Morgen standen die Mütter vor den Kohlengeschäften, um etwas Heizung für ihre Kleinen zu erlangen. Die Ansammlungen vor den Kohlenhöfen erfolgten in so starkem Maße, wie man es kaum früher vor anderen Geschäften gesehen hat. Die Sorge der Mütter hielt auch im strengsten Frost in der Hoffnung aus, nicht mit leeren Händen davongehen zu müssen. Leider war dies sehr häufig doch der Fall. Eine städtische Fürsorge gibt es nur in sehr beschränktem Umfange für Kriegerfrauen, die nur etwas mäßiger Preise erhalten. Die große Zahl der übrigen Bedürftigen war auf das Entgegenkommen der Händler angewiesen, über das uns viel, auch von Kriegerfrauen, geklagt worden ist. Immer wieder wurde bedauert, daß größere Bestellungen ausgeführt wurden, während die kleineren Leute mit ihrem Wägelchen fortgeschickt wurden. Diese Dinge haben am 27. Februar früh vor dem Geschäft von Zieck 7 Langfuhr, Hauptstraße 126, zu Vorgängen geführt, die man ohne jede Uebertreibung als eine sehr ernste Katastrophe bezeichnen muß. Zu dem Geschäft führt bis zur Höhe von über zwei Metern eine Treppe mit zweifachem Aufgange, die bekannte Maschinenfabrik. Schon von vor 6 Uhr morgens und noch früher warteten Kriegerfrauen dort auf die für diesen Tag anberaumte Kohlenabgabe. Ihre Wagen und sonstigen Transportmittel hatten sie unten seitlich der Treppe aufgestellt. Die vorstehend geschilderten Umstände machen es begreiflich, wenn die Frauen sich bemühten, nicht ausgeschlossen zu werden. Es entstand daher auf der für solche Abfertigung ganz und gar ungeeigneten Treppe starkes Gedränge. Schließlich konnte das eiserne Geländer dem Druck nicht standhalten. Es brach von seinem Sockel und stürzte und mit ihm eine große Anzahl der erschreckten Frauen auf die Straße. Die unglücklichen Menschen fielen auf die Köpfe der Wagen und Karren, so daß eine große Anzahl von Verletzungen schwerer Art verursacht wurden. Drei Frauen und ein Knabe waren besonders mitgenommen und mußten nach dem städtischen Krankenhaus überführt werden. Auch unter denen, die ihre Wohnung aussuchen konnten, befanden sich solche, die starke Körperschäden davongetragen hatten. Dieser bitter ernste Fall gibt am wenigsten ein Recht dazu, den armen besorgten Frauen Vorwürfe zu machen. Das ist wahrlich der schlechteste Dank für die Sorge der Kriegerfrauen und Mütter. Durch eine so fahrlässige Beurteilung wird nur die wahre Ursache dieses geradezu graufigen Vorganges verschleiert. Die Mängel der Kohlenversorgung haben sich hier in trauerlicher Gestalt gezeigt. Hoffentlich werden wenigstens jetzt daraus noch einige Lehren gezogen.

#### 80 000 Mark Kriegsgewinn

haben die Inhaber der hiesigen Firma Tuchler u. Neumann, die Kaufleute Sally Tuchler und David Neumann, die Holzmarkt 19 ein Schuhgeschäft betreiben, nach Aussage eines Sachverständigen in einem einzigen Kriegsjahre gemacht! Beide hatten sich vor dem Schöffengericht in Stolp wegen Kriegsgewinners zu verantworten. Sie hatten ihr großes Warenlager auch für Heereszwecke geliefert und Preise z. B. von 8 Mark einfach auf 14 Mark erhöht. Sie wurden zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Von einem solchen Geschäft können sie auch nach Abzug dieses Betrages ganz gelobt nicht reden.

#### Falsche Gerüchte

behaupten, daß vom 1. März für einen Kleiderbezugschein usw. 50 Pfennig Gebühr gezahlt werden soll. Diese Meinung ist unrichtig. Ähnliche Scheine werden nach wie vor unentgeltlich abgegeben. Wir können aber nicht verstehen, weshalb, wie es in einigen Blättern geschieht, die Verbreiter des Gerüchtes so energisch gerügt werden. Es ist doch zu verstehen, daß beim Erheben fast aller Preise auch die Meinung entsteht, daß eine neue Gebühr erhoben werden könnte.

#### Gegen unrentable Lebensmittelverkäufe

wendet sich der Landrat des Kreises Danziger Höhe. Er fordert die Kreisbewohner auf, nicht den Schwarzhandel zu unterstützen, wenngleich dabei auch außerordentlich viel verdient wird, sondern die erforderlichen Lebensmittel richtig abzuliefern. Gegen Aufkäufer und Verkäufer will der Landrat mit aller Schärfe vorgehen.

Die Höchstpreise für Kalbfleisch und geräucherter Breittlinge sind etwas herabgesetzt. Der Preis für das Pfund der kleinen geräucherter Schinken ist von 80 auf 55 Pfg. ermäßigt. In ausländischen Zustände kosten sie, wie man unlängst im Schaufenster der Firma lig in der Samiergasse feststellen konnte, 1,20 Mark für das halbe, somit 2,40 Mark für das ganze Pfund. Die Preise für das Kalbfleisch sind vom 2. März um etwa 20 Pfg. pro Pfund, mit Ausnahme von Hals und Goppen, herabgesetzt. Es kostet jetzt ein Pfund Hals und Goppen 1 Mark 80 Pfg. Schulter, Brust und Keim 1,60 Mark, Keim 2 Mark und Rücken, Kotelet 2,20 Mark.

#### Erhöhung der Schlachthofgebühren.

Die Gebühren für Schlachtungen auf dem städtischen Schlachthof sind auf Antrag des Magistrats durch die Stadtverordneten ohne Widerspruch gleich um 50 Prozent erhöht worden. Eine besondere Maßnahme der Kriegsfürsorge kann man in dieser Erhöhung kaum erblicken. Daher ist schwer zu verstehen, daß in der Stadtverordnetenversammlung von keiner Seite Einwendungen erhoben wurden.

Die neuen Fünftennigstücke. Nach einer vom Bundesrat angenommenen Verordnung wird der Reichstanzler ermächtigt Fünftennigstücke aus Aluminium bis zur Höhe von 20 Millionen Mk. herstellen zu lassen. Aus einem Kilogramm Aluminium müssen 1000 Fünftennigstücke hergestellt werden. Die neuen Münzen sollen nach dem Friedensschluß wieder außer Kurs gesetzt werden.

### Aus Westpreußen

#### Stadtverordnetenwahl in Elbing.

Die Erskwahl für unsern zum Stadtrat gewählten Genossen Grabowski erfolgte am 27. Februar. Ihr Ergebnis war wieder die Wahl eines sozialdemokratischen Stadtverordneten, was von vornherein selbstverständlich war. Von den 1540 Wahlberechtigten des vierten Bezirks der 3. Abteilung gingen 50 zur Abstimmung. Sämtliche Stimmen vereinigten sich auf den Genossen Polchadek. So können unsere Elbinger Genossen wieder einen neuen Erfolg verzeichnen. Wenn auch bürgerliche Gegenkandidaten fehlten, so war das Ergebnis schließlich doch nur möglich als Folge der Anerkennung, die sich die Elbinger Sozialdemokratie unter der Arbeiterchaft und in der Öffentlichkeit zu erwerben gewußt hat. Die Haltung des Elbinger Bürgertums gegenüber der sozialdemokratischen Kandidatur ist auch die beste Antwort auf die häufigen Angriffe, die der Zentrums-Stadtverordnete Klawitter bei der Stadtverordnetenwahl in Danzig gegen die kommunale Tätigkeit unserer Elbinger Genossen trotz des Burgfriedens richtete.

Elbing. Vom Herrn Pastor, der seine Gänse haben wollte. Ein für die Kriegszeit beachtenswerter Prozeß hat vor der Zivilkammer des Elbinger Landgerichts sein Ende erreicht. Der Anlaß dazu ist in folgenden bemerkenswerten Gründen zu suchen: Der Pächter der Pfarrhufen in Nikolaiten (Stuhm) hat laut Vertrag neben anderen Leistungen auch jährlich 15 Gänse oder 50 Mk. an den Pfarrer Spinger abzuführen. Einige Jahre hindurch lieferte der Pächter, da dies in seinem Belieben stand, nicht die Gänse an Pfarrer Sp., sondern zahlte dafür regelmäßig die im Vertrag festgesetzten 50 Mk. als Ersatz. Pfarrer Sp. nahm auch das Geld stets an. Erst im Jahre 1916 verweigerte er die Annahme des Geldes und verlangte die 15 Gänse oder als Ersatz dafür 360 Mk., da nach seiner Ansicht in der jetzigen Kriegszeit die Gänse im Preise bedeutend gestiegen wären, und er für 50 Mk. nicht 15 Gänse erhalten könnte. Der Pächter gab dem Ansinnen des Pfarrers Sp. nicht Folge, und es kam zum Zivilprozeß vor dem Amtsgericht Stuhm. Der Pächter wurde von diesem verurteilt, entweder 15 Gänse zu liefern oder 360 Mk. an Pfarrer Sp. zu zahlen. Die Zivilkammer des Elbinger Landgerichts aber wies Pfarrer Sp. mit seiner Klage Kostenpflichtig ab, da der in Friedenszeiten geschlossene Pachvertrag auch im Kriege keine volle Gültigkeit behält.

### Aus der Partei

#### Verfolgte Unschuldsknaben.

Die sogenannte Partioopposition ist keineswegs eine einheitliche oder einzige Gruppe. Gemeinsam kämpfen ihre drei Hauptteile — Arbeitsgemeinschaft, Spartakusgruppe und Internationale — nur gegen die Gesamtpartei. Untereinander befinden diese angeblichen besten Friedensfreunde sich aber aufs grimmigste. Dabei hat die Arbeitsgemeinschaft wegen ihrer unaufrichtigen Haltung am wenigsten Glück. Besonders mißfällt ihren noch „radikaleren“ „Freunden“, daß die Arbeitsgemeinschaftler noch immer, um sicherer im Trüben fischen zu können, die Täuschung aufrecht erhalten möchten, daß sie keine besondere Organisation besitzen. Daher schreibt das Bremer Organ der „Linksradikalen“, die Arbeiterpolitik, in einer der letzten Nummern:

„Die deutsche Sozialdemokratie ist gespalten. Alle Bemühungen der Zentrumsleute (worunter in der Spartakusgruppe die Arbeitsgemeinschaft zu verstehen ist), so zu tun, als ob diese historische Tatsache von größter Bedeutung nicht vollzogen wäre, sind nur ein neues Beispiel dafür, daß diese Leute noch immer nicht verstanden haben, daß es den Hals kostet, in großen Dingen schlau sein zu wollen. Die Sozialpatrioten (so beschimpfend bezeichnet die Opposition die Sozialdemokraten der Gesamtpartei) kümmern sich nicht um die lächerlichen Bemühungen des Zentrums, „auf dem Boden der Partei“ zu verbleiben. . . .

Und die Zentrumsleute sehen das Ausschüßlose ihres Verstandes und ergreifen im stillen Gegenmaßregeln. Sie haben eine Stellung ihrer Organisationen in der Arbeitsgemeinschaft. Sie hielten eine neue Konferenz ab. In der Leipziger Volkszeitung haben sie ihr Zentralkomitee. Kurz und gut: Sie haben eine Partei gebildet, die sich von den anderen nur dadurch unterscheidet, daß sie selbst ihre Existenz verleugnet, um als Verein verfolgter Unschuldsknaben das Leben leichter fristen zu können. Dieser äußerlich amorphe — formlose — Zustand enthebt sie der Pflicht, offen das Banner ihrer Partei zu entfalten, erlaubt ihnen, vom Zwiesicht zu profitieren. Für die Linksradikalen birgt dieser Zustand die Gefahr der Verwirrung der eigenen Reihen, weswegen es ihre Pflicht ist, offen und klar zu sagen, was wirklich ist, und die praktischen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.“

Die „Linksradikalen“ waren auf der Reichs-Sonderkonferenz vertreten. Sie kennen also den Sinn der dort gefassten Beschlüsse und sind darum in diesem Punkt zuverlässige Zeugen gegen die „Unschuldsknaben“, die ihre Sonderorganisation noch immer heldenmütig zu leugnen versuchen.